
Dokumentation

Deutsche Postgewerkschaft:

„Für eine sozialstaatliche Fortentwicklung der Bundespost“^{55*}

Grundsätzliche Haltung der Deutschen Postgewerkschaft zu einer „Neuordnung der Bundespost“

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) stellt fest, daß die Mehrheit der Regierungskommission Fernmeldewesen grundlegende Zukunftsfragen einer öffentlichen Post- und Telekommunikationsversorgung völlig vernachlässigt oder nur unzureichend beantwortet hat. Ihre Empfehlungen gehen an wesentlichen Interessen der Bürger als Arbeitnehmer und Verbraucher vorbei. Die Kommissionsmehrheit formuliert stattdessen mit ihren Empfehlungen einseitig die Interessen weniger Großanwender und multinationaler Konzerne und verfolgt direkt oder indirekt eine bürger- und arbeitnehmerfeindliche Privatisierungspolitik. Die DPG lehnt deshalb die von der Mehrheit der Regierungskommission empfohlene „Neustrukturierung der Telekommunikation“ ab.

Die DPG fordert Bundesregierung, Bundestag und politische Öffentlichkeit auf, den Empfehlungen der Regierungskommission nicht zu folgen.

Die DPG bekräftigt dagegen ihre Auffassung, daß an einer sozialstaatlich gebundenen Kommunikationsversorgung durch die Bundespost nicht gerüttelt werden darf. Die Fortentwicklung der Post- und Telekommunikationsversorgung sowie eine Modernisierung der Organisation, die volkswirtschaftliche Nutzung neuer Technologien erfordert keineswegs die von der Kommissionsmehrheit empfohlene grundsätzliche Strukturveränderung der Bundespost.

Die DPG fordert statt dessen die politische Anerkennung und Realisierung folgender Grundsätze:

- Die Bundespost muß entsprechend der Kommunikationsbedürfnisse von Bürgern und Wirtschaft ihre Dienstleistungen uneingeschränkt anbieten, ausbauen und fortentwickeln. Dies gilt auch, wenn Dienstleistungen, die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitisch, also gesellschaftlich sinnvoll sind, für sich allein nicht kostendeckend angeboten werden können,
- Post- und Fernmeldewesen müssen als Einheit erhalten bleiben; eine Trennung wird abgelehnt,
- die Möglichkeiten der Mischkalkulation und des internen Finanzausgleichs zwischen den und innerhalb der Dienstleistungen des Post- und Fernmeldewesens sind aufrechtzuerhalten,
- strukturelle Probleme einzelner Dienste müssen seriös analysiert und sozialverträglich gelöst werden,
- die Bundespost muß das Monopol für alle Netze im Fernmeldewesen uneingeschränkt behalten,
- Telekommunikationsdienste, die die Bundespost flächendeckend und nach einheitlichen Gebührengsätzen bereitstellt, müssen ihr ausschließlich vorbehalten bleiben; Rosinenpickerei jeder Form muß verhindert werden,
- die Bundespost muß im Sinne einer Grundversorgung die erste Kommunikations-

* Auszüge aus der „Dortmunder Erklärung“ des Hauptvorstandes und des Gewerkschaftsrates der Deutschen Postgewerkschaft zum Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen, beschlossen am 9. September 1987 in Dortmund.

- Möglichkeit bereitstellen und sich an den übrigen Endgerätemärkten der Telekommunikation (Sprache, Bild, Daten, Text) ohne Benachteiligung betätigen können,
- die Abhängigkeit der Bundespost von anderen Bundesministern in Entscheidungen über Dienstleistungen, Personal- und Beschäftigungsfragen sowie Infrastruktur- und Investitionsmaßnahmen muß beseitigt werden,
- ein längst überfälliges einheitliches Personalrecht, das den Anforderungen einer modernen öffentlichen Daseinsvorsorge entspricht, ist endlich zu schaffen,
- gleichberechtigte Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sind auch zum Nutzen der Postkunden zu verwirklichen.

[...]

Kritik an den Kernempfehlungen der Kommissionsmehrheit

Im einzelnen begründet die DPG ihre ablehnende Haltung zu den Kernempfehlungen der Kommissionsmehrheit in folgenden Punkten:

1. Beschäftigteninteressen

Würden die Empfehlungen der Mehrheit der Regierungskommission realisiert, hätte dies einschneidende Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der 550 000 Beschäftigten des Post- und Fernmeldewesens; zudem wären Zehntausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Während die Kommissionsmehrheit ein Unternehmensbild skizziert, das mit einer Aktiengesellschaft vergleichbar ist, hält sie andererseits an einem Dienstrecht fest, das sich nicht an den sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer (z. B. gleichberechtigte Verhandlungs- und Mitbestimmungsrechte), sondern an den autoritären Vorstellungen des Beamtenrechts aus dem letzten Jahrhundert orientiert. Die Vereinbarkeit von Wettbewerb und privaten Rechtsbeziehungen nach außen und autoritärem Dienstrecht nach innen ist zumindest zweifelhaft. Tarifautonomie und gleiche Verhandlungsrechte für alle Beschäftigten gegenüber dem Vorstandsmanagement und Mitbestimmungsrechte im Verwaltungsrat, wie bei vergleichbaren Unternehmen des privaten Rechts, werden offensichtlich nicht gewollt. [...]

Ein verschärfter Rationalisierungsdruck durch Wettbewerb wird ausdrücklich befürwortet. Durch Personalkostenbudgetierung sollen die Führungsverantwortlichen zu mehr Flexibilität beim Personaleinsatz veranlaßt werden. Zusätzlich soll ein verstärktes Konkurrenzverhalten zwischen den Beschäftigten, z. B. durch flexiblere Gestaltung von Stellenobergrenzenregelungen und Belohnungsverfahren, angeheizt werden. [...]

2. Organisation

Das nach dem Willen der Kommissionsmehrheit vorgesehene öffentliche Unternehmen Telekom soll von einem Vorstand und von Regionaldirektionen durch Manager allein nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, die politische Verantwortung des Ministers für die Kommunikationsversorgung weitgehend eingeschränkt und die Rechte und Pflichten des Verwaltungsrates eingegrenzt werden. [...] Ein Vorstandsmodell, das eine politische Steuerung der Bundespost verhindern will, betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt und die Notwendigkeit gleichberechtigter Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer negiert, bietet keine zukunftsweisende Perspektive.

3. Verbund von Post- und Fernmeldewesen; Mischkalkulation

Die zentrale Empfehlung der Kommissionsmehrheit, die organisatorische und finanzielle Einheit von Post- und Fernmeldewesen zu zerschlagen, bedroht Bestand und

Zukunft einer gemeinwohlorientierten Bundespost, ist der Modernisierung der Kommunikation für jedermann entgegengesetzt und würde in einem wichtigen Teil den grundgesetzlich geforderten Sozialstaat zerstören.

Die Vorschläge, das Post- und Fernmeldewesen zu trennen und binnen fünf Jahren jede Form der „Quersubvention“ zwischen beiden Säulen der öffentlichen Kommunikationsversorgung zu verbieten, würde die aus volkswirtschaftlichen, sozialstaatlichen und politischen Gründen unverzichtbaren Leistungen des Postwesens aufs höchste gefährden. Es drohen sogar

- eine Einstellung von Diensten,
- eine massive Verschlechterung des Service,
- dramatische Gebührenerhöhungen und
- die Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere in strukturschwachen Gebieten.

Vor allem sind bedroht:

- die umfassende Versorgung der Bevölkerung durch ein flächendeckendes Annahemstellen- und Zustellnetz,
- ein sozialstaatliches Gebührenprinzip, das die Chancengleichheit von arm und reich, Stadt und Land, Ballungsgebieten und der Fläche sichert,
- die Existenz nicht kostendeckender Dienste, die für die Bevölkerung unverzichtbar sind (z. B. Paketdienst, bare und halb bare Gelddienste und Zeitungsdienst),

[...]

Mit ihren Empfehlungen verkennt die Kommissionsmehrheit, daß die Mischkalkulation die Voraussetzung für die Nutzung von Verbundleistungen zwischen körperlicher und elektronischer Kommunikation ist und in Zukunft durch die integrierende Wirkung neuer Techniken noch größere Bedeutung erhält. Die Verhinderung von „Quersubventionen“ bei Post und Telekommunikation brächte der Volkswirtschaft großen Schaden, da wertvolle Verbundvorteile nicht genutzt werden könnten.

[...]

4. Netzträgerschaft

Die alleinige Netzträgerschaft und Netzverantwortung der Bundespost wird durch die Empfehlungen der Kommissionsmehrheit weitgehend ausgehöhlt. Die Kommissionsmehrheit schlägt u. a. vor:

- Kabelverbindungen zwischen Grundstücken entfernungsunabhängig weitgehend genehmigungsfrei zuzulassen, so daß private bundesweite Konzernnetze entstehen können,
- den individuellen Datenverkehr über Satelliten vom Netzmonopol auszunehmen,
- Privatfirmen einen vorrangigen Rechtsanspruch auf Überlassung von Mietleitungen zu nicht kostendeckenden Bedingungen einzuräumen,
- Privatfirmen auch als Agenturbetrieben die Möglichkeit zu verschaffen, Mietleitungen untereinander oder mit dem Wählnetz der Bundespost zusammenzuschalten und dadurch praktisch einen konkurrierenden Kommunikationsbetrieb nach dem Rosinenpickerprinzip zu ermöglichen,
- private Telefonzellen als Bestandteil des öffentlichen Netzes zuzulassen.

Darüber hinaus will die Mehrheit der Regierungskommission das „bedingte Netzmonopol“ der Bundespost ständig unter politischen Druck setzen, um Privaten Mietleitungen zum Billigtarif zu überlassen. Anders ist die Forderung, daß alle drei Jahre seitens der Bundesregierung die Existenzberechtigung des Netzmonopols überprüft werden solle, nicht zu verstehen.

Diese Empfehlungen der Kommissionsmehrheit würden zu ständigen Konflikten, für die Bundespost zu nicht kalkulierbaren Investitionsrisiken und alsbald zu einer faktischen Netzkonzurrenz führen. Dadurch werden der Infrastrukturauftrag der Bundespost, die gleichmäßige Kommunikationsversorgung aller Regionen, die Modernisierung der Fernmeldenetze und die Planungssicherheit von Herstellern und Anwendern stark gefährdet.

5. Dienste

Die Kommissionsmehrheit schlägt vor, künftig bei den Diensten zwischen Monopolleistungen, Pflichtleistungen und freien Leistungen zu unterscheiden.

[...]

Mit Ausnahme des Telefondienstes sollen alle anderen Dienstleistungen künftig in Konkurrenz mit privaten Unternehmen angeboten werden, obwohl von einem gleichen Wettbewerb keine Rede sein kann. Die Bundespost hat Pflichtleistungen im gesetzlichen Auftrag für jedermann und flächendeckend zu erbringen, wogegen es Privaten freisteht, die gleichen Leistungen nach eigenem Ermessen nur dann anzubieten, wenn dabei Gewinne gemacht werden. Damit wird der Rosinenpickerei Tür und Tor geöffnet.

[...]

6. Telefongebühren

Die Empfehlungen, die Telefongebühren im Fernverkehr den „tatsächlich entstehenden Kosten“ anzugleichen, also abzusenken, belegt eindeutig, daß die Vorschläge der Mehrheit der Regierungskommission gegen die Interessen der Masse der Verbraucher gerichtet sind. Um in erster Linie Großanwendern der Datenkommunikation wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, wird eine willkürliche Trennung zwischen Fern- und Ortsnetz vorgenommen, obwohl sich der Nutzwert des Netzes nur aus seiner Gesamtheit ergibt. Die vorgesehene „kostenorientierte“ Gebührenpolitik hätte darüber hinaus empfindliche Gebührenerhöhungen im Nahbereich zur Folge. In jedem Fall würde durch die „kostenorientierte“ Festsetzung der Telefongebühren der Infrastrukturauftrag der Bundespost in Frage gestellt, da die Generationen übergreifenden Zukunftsinvestitionen nicht mehr zu finanzieren wären.

7. Endgerätemarkt

Die Vorschläge der Kommissionsmehrheit für die Neuordnung des Endgerätemarktes bergen große Risiken für die Kunden in sich. Dies gilt insbesondere für die Verdrängung der Bundespost aus ihrer Verantwortung für den Fernsprechhauptanschluß. Die „Steckerlösung“ würde den Kunden nur vordergründig Vorteile bieten. Denn letztlich bedeutet diese Empfehlung nichts anderes, als den bislang durch die Bundespost gebotenen Service aus einer Hand weitgehend einzuschränken. Negative Folgen z. B. bei Störungen, bei der Wartung und bei der Versorgung insbesondere dünn besiedelter Gebiete wären sehr wahrscheinlich.

Auch die empfohlene Teilnahme der Bundespost am Endgerätemarkt bietet keine Aussicht auf einen gleichberechtigten Wettbewerb. Die Bundespost bliebe verstärkt abhängig vom Wohlwollen ihrer Zulieferfirmen, die zugleich auch als Konkurrenten am Markt auftreten. Folgerichtig hätte die Kommission zumindest vorschlagen müssen, der Bundespost eine eigene Produktion zu gestatten.

Heinz-Werner Meyer: „Sichere Kohle - sichere Energie - Arbeit für alle“*

53 Tage sind es her, seit der Hauptvorstand unserer Organisation das „Überbrückungskonzept für den deutschen Steinkohlenbergbau“ beraten, beschlossen und bekannt gemacht hat. Wir mußten so schnell handeln, weil die Situation sich so dramatisch zugespitzt hatte, daß wir nicht länger warten konnten und durften, um öffentlich auf die riesengroße Bedrohung für Bergbau und Bergleute hinzuweisen. Auch heute gilt: Wenn nicht schnell gehandelt wird, dann sind in weniger als drei Jahren 30 Millionen Tonnen deutsche Steinkohle nicht mehr absetzbar, dann sind mehr als 150 000 Menschen in den Bergbaurevieren ganz schnell ohne Arbeit, dann ist die Katastrophe da!

Wir haben Lösungsvorschläge gemacht. Wir haben als erste und einzige ein geschlossenes Konzept vorgelegt, das Wege aus der Kohlenkrise aufzeigt. Wir haben die energiepolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland in Gang gebracht, und wir haben die Diskussion trotz der Urlaubszeit in Gang gehalten. Das ist mehr als wir selbst erhofft und mehr als andere befürchtet haben. Die vielen Aktionen auf den Schachtanlagen und in den Bergbaurevieren haben für Bewegung gesorgt.

[...]

Unser Ziel heißt unverändert wie vor einem Jahr auf unserem 17. Gewerkschaftstag in Duisburg: Sicherheitspfeiler der Energiepolitik muß unsere deutsche Kohle sein! Damals wurde nur über die Kernenergie gestritten. Bedroht aber war die deutsche Kohle - von billigem Öl, von billigem Gas, von Importkohle und auch von der Kernenergie. Seitdem ist das alles noch schlimmer geworden.

[...]

Kohlepolitik ist Energiepolitik, und Energiepolitik ist Sicherheitspolitik, so steht es im Energieprogramm der Bundesregierung von 1973 und in seinen Fortschreibungen von 1974, 1977 und 1981. Das gilt auch heute noch. In den neueren Erklärungen der Bundesregierung ist der Zusammenhang von Kohle und Sicherheit nicht mehr so eindeutig. Das ist gefährlich. Darin könnte sich der Anfang vom Ende der bisherigen Kohlepolitik zeigen.

[...]

Noch immer kommt mehr als ein Drittel des Weltölexportes aus dem Persischen Golf. Eine angesehenere deutsche Wochenzeitung vergleicht in ihrer Ausgabe vom 28. August 1987 die heutige Situation dort mit einem „Aufmarsch für ein Sarajewo“. Erkennt denn niemand, was es für alle Industriestaaten bedeutet, wenn die durch nichts zu ersetzende Energie nur noch mit militärischen Mitteln zu beschaffen ist? Glaubt denn jemand im Ernst, daß amerikanische, französische oder auch italienische Kriegsschiffe auf Dauer eine reibungslose Ölversorgung garantieren können? Mit militärischen Mitteln lassen sich keine Rohstoffe und Rohstoffwege sichern. Kolumbien, nach Meinung der Kohlenhändler in Zukunft einer der wichtigsten Kohlenexporteure, und Venezuela, heute schon bedeutender Ölexporteur, haben ungelöste Konflikte, die auf beiden Seiten zu kriegerischen Drohgebärden führen. Und in Südafrika, einem der wichtigsten Kohleexporteure, treiben Terror und Gewalt von oben einem Höhepunkt zu. Das Regime hat abgewirtschaftet. Daß der Streik in Südafrikas Gruben nun beendet ist, darf die Energiepolitiker nicht beruhigen.

* Auszüge aus einer Rede des Ersten Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Heinz-Werner Meyer, anlässlich des 18. Gewerkschaftstages der IG BE am 11. September 1987 in Essen.

[...]

Kohlepolitik stand im nationalen Konsens als Politik der Versorgungssicherheit in den siebziger Jahren auf festen Füßen. Sie war deshalb Kohlevorrangpolitik. Bisher hat sie keiner offen aufgegeben. Aber die Behauptung, sie bestehe fort, nützt uns nichts, wenn hinter den Erklärungen und Briefen des Kanzlers sein Wirtschaftsminister in der Praxis eine andere Politik vorbereitet! Diese Politik werden wir verhindern!

Nicht nur die Sicherheit der Energieversorgung steht auf dem Spiel. Wenn es zu einer grundlegenden Veränderung der Kohlepolitik käme, würden auch andere Folgen eintreten.

Die Produktion des Steinkohlenbergbaus stellte 1985 einen Wert von mehr als 22 Milliarden DM dar. Fast die Hälfte davon waren Aufträge für die übrige Wirtschaft. Das sind Arbeitsplätze. Auch Arbeitsplätze in Bayern und in Baden-Württemberg. Rund 5 Milliarden DM zahlen Bergbau und Bergleute im Jahr an Steuern und Sozialabgaben. Sind wir denn so reich, daß wir darauf verzichten können? Wollen wir stattdessen lieber Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zahlen?

[...]

Es gilt, die Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft zu sichern, auch für eine nähere oder fernere Zukunft ohne Kernenergie, wenn es dafür breite Übereinstimmung gibt. Eine Brücke zu einer sicheren Energieversorgung mit oder ohne Kernenergie ist und bleibt die deutsche Kohle, die Braunkohle und die Steinkohle. Über diese Brücke kann jeder gehen. Sie hält, sie gibt Sicherheit, deshalb darf sie nicht abgerissen werden. Aber diese Gefahr droht, denn die Diskussion um die Kernenergie nimmt inzwischen einen anderen Verlauf, als viele unmittelbar nach der Katastrophe von Tschernobyl glaubten oder hofften.

Zwar wird weiter über das Für und Wider der Kernenergie gestritten, aber mehr und mehr wird deren Zukunft mit den Problemen des deutschen Steinkohlenbergbaus verknüpft. Da glauben die einen, sie würden der Kohle dadurch helfen, daß sie die Kernenergie bekämpfen. Andere fühlen sich dadurch herausgefordert und blasen zum Angriff auf die heimische Steinkohle, um die Kernenergie zu schützen. Beides ist zu einfach. Beides ist falsch. Beides lenkt von den tatsächlichen Problemen ab. Die Kohle darf nicht zwischen Kernkraftgegnern und Kernkraftfreunden zerrieben werden. Zu viel billiges Öl, zu viel billige Importkohle, zu wenig Stahlerzeugung - das hat die Probleme des deutschen Steinkohlenbergbaus verursacht. Davon darf nicht abgelenkt werden.

[...]

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im vorigen Jahr auf seinem Kongreß in Hamburg beschlossen: „Wir wollen eine Energiepolitik, die es uns ermöglicht, so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten“. Dieses Ziel gilt nach wie vor. Wir wollen weiter mithelfen, es erreichbar zu machen. Aber auch das gilt: Welche Wege möglich sind, mit welchen Risiken und Chancen sie jeweils verknüpft sind, was getan werden kann und was getan werden muß, all das ist nach wie vor nicht abschließend bekannt und bedarf der weiteren sorgfältigen Untersuchung.

Nur die Eckpunkte sind deutlich:

- Kurzfristig ist der Verzicht auf die Kernenergie nicht möglich.
- Langfristige Sicherheit in der Energieversorgung läßt sich in der Bundesrepublik Deutschland nur auf der Basis der heimischen Kohlegewinnung erreichen.
- Einfuhrabhängigkeit, ob von Öl oder Importkohle, bedeutet Unsicherheit und Erpreßbarkeit. Diese Erkenntnis gilt heute genauso wie in den siebziger und frühen

achtziger Jahren. Auch wenn sich die Vorstellungen von den Mengen entscheidend verändert haben.

[...]

Der Weg, den unverzichtbaren, aber nicht ausreichenden Beitrag der deutschen Stein- und Braunkohle mit Kernenergie zu ergänzen, ist für richtig gehalten und mitgetragen worden. In der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 14. Dezember 1977 heißt es unmißverständlich: Die Energiepolitik „zielt darauf,...

- die deutsche Stein- und Braunkohle vorrangig zu nutzen...
- die Kernenergie in dem zur Sicherung der Stromversorgung unerläßlichen Ausmaß ... auszubauen.“

Auf diese energiepolitische Gemeinsamkeit gründeten sich die Planungen der Elektrizitätswirtschaft und des Steinkohlenbergbaus. Bergbau und Elektrizitätswirtschaft haben auf dieser Basis den Jahrhundertvertrag abgeschlossen. Er war damals richtig und er ist heute richtig. Er hat sich bewährt, obwohl sich nicht alle Erwartungen erfüllt haben.

[...]

Es gibt bis auf den heutigen Tag zwischen Bergbau und Elektrizitätswirtschaft keine Gegnerschaft. Das muß so bleiben, denn das ist ein großer Aktivposten in der energiepolitischen Diskussion. Ich will es noch einmal anders sagen: Die Elektrizitätswirtschaft hat sich bei ihren Planungen an die Vorgaben der Politik gehalten. Sie hat das getan, was damals alle für richtig hielten. Sie hat Kernkraftwerke gebaut, weil das politisch gewollt war. Wer nimmt sich das Recht, ihr das heute vorzuwerfen? Der Jahrhundertvertrag ist bis heute von beiden Partnern, auch von der Elektrizitätswirtschaft eingehalten worden. Ich zweifle nicht daran, daß das so bleibt. Wer den Vertrag gefährdet, ist der Bundeswirtschaftsminister. Die beabsichtigten Änderungen des Kohlepfennigs könnten die Geschäftsgrundlage des Vertrages zum Einsturz bringen.

[...]

Wir haben mit unseren Kolleginnen und Kollegen der Mitgliedsgewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund seit Hamburg sorgfältig geprüft und wissen heute sicher, daß ein schneller Verzicht auf die Kernenergie unter akzeptablen Bedingungen nicht möglich ist. Wenn die Energieversorgung dauerhaft gesichert bleiben soll, dann dürfen Entscheidungen und Investitionen am Ende nicht dazu führen, daß das angestrebte Ziel dann aufgegeben wird, wenn die Entwicklung anders verläuft, als sie erwartet worden war. Ziel war der Vorrang der heimischen Kohle. Die Kernenergie sollte ergänzen, nicht erdrücken. Wenn der Stromverbrauch langsamer wächst als damals unterstellt, darf dadurch nicht der Vorrang für die Kohle aufgehoben werden.

Wenn wir in dem von uns vorgelegten Überbrückungskonzept fordern, daß die Kohle mehr Platz in der Stromerzeugung erhalten soll, dann ist das keine Gegnerschaft. Es ist ein konkreter Vorschlag für eine konkrete Situation. Es ist die Reaktion auf äußere, von uns nicht beeinflussbare Vorgänge. Energiepolitik muß darauf reagieren können.

Wir haben in unserem Überbrückungskonzept dargestellt, daß im Jahr 2005 53 Millionen Tonnen deutsche Steinkohle in den Kraftwerken gebraucht werden. Diese Menge wird auch dann gebraucht, wenn alle Kernkraftwerke in Betrieb wären. Dieser Darstellung hat niemand widersprochen. Weder die Bundesregierung noch die Elektrizitätswirtschaft. Weil diese Darstellung richtig ist. Es geht um die Perspektive für die *heimische Steinkohle für die Zeit nach 1995 bis in das nächste Jahrtausend*. Wer dem

Steinkohlenbergbau jetzt diese Perspektive nehmen will, setzt auf Importkohle. Der Konflikt, der sich anbahnt, wird heißen: Heimische Kohle oder Importkohle. Wir haben immer wieder gesagt, daß die Energieversorgung nur durch heimische Kohle dauerhaft gesichert werden kann. Darin werden wir uns nicht beirren lassen.

Ich hoffe, daß von vielen zur Kenntnis genommen worden ist, was die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke vor wenigen Tagen in einer eigenen Untersuchung herausgestellt hat. *Erstens*: In der Stromerzeugung ist die deutsche Steinkohle ohne Zuschüsse aus dem Kohlepfennig in der Mittellast billiger als die Kernenergie; und *zweitens*: Sie warnt vor der Annahme, Importkohle bleibe weiterhin so billig wie jetzt. Eine *dritte* Erkenntnis fehlt. Die will ich hinzufügen:

Die heimische Braunkohle ist mit Abstand die billigste Alternative, Strom zu erzeugen. Sie ist sicher und zuverlässig. Sie garantiert Arbeit und Wohlstand ganzer Regionen. Ihr stabiler Beitrag in der Stromerzeugung ist unverzichtbar. Unser Überbrückungskonzept sieht auch den Einsatz der heimischen Braunkohle auf einem Niveau vor, das einer Jahresförderung von rund 120 Millionen Tonnen entspricht. Wir erwarten, daß die Bedingungen für eine Aufrechterhaltung dieses Förderniveaus sorgfältig und zügig geklärt werden.

Am Einsatz der Braunkohle in der Stromerzeugung wird sich die Redlichkeit derjenigen zeigen, die auf die Bedeutung der Strompreise für Teile unserer Volkswirtschaft hinweisen. Wie ehrlich kann dieses Argument sein, wenn die Braunkohle aus der Stromerzeugung gedrängt und stattdessen teurere Kernenergie genommen wird? Hier müßte doch volkswirtschaftliche Vernunft über betriebswirtschaftliche Rechenlogik gehen!

Erst für das Jahr 1995 werden bei voller Verwirklichung unseres Konzeptes etwa eine Milliarde DM an zusätzlichen Kosten entstehen. Davor sind die Zusatzkosten deutlich niedriger. Aber schon kleine Schritte zur Normalisierung von Dollarkurs und Ölpreis werden die Kosten der Überbrückung für den Steinkohlenbergbau erheblich verringern. Stellen wir diesen Kosten den Nutzen des Überbrückungskonzeptes gegenüber.

Ich will dabei nicht davon sprechen, daß nur so soziales Elend vermieden werden kann, daß nur so der Niedergang der Regionen vermieden werden kann, und daß nur so der Verlust des Sicherheitspfeilers unserer Energieversorgung, nämlich des heimischen Steinkohlenbergbaus verhindert werden kann. Ich will mich auf nackte Zahlen beschränken. Ohne unser Überbrückungskonzept gäbe es in den neunziger Jahren in unserem Lande 75 000 zusätzliche Arbeitslose. Die würden in den öffentlichen Haushalten mit jährlich etwa 1,9 Milliarden DM zu Buche schlagen. Das ist nur die fiskalische Betrachtung des Nutzens unseres Überbrückungskonzeptes.

[...]

Unser Überbrückungskonzept baut auf die Solidarität aller Reviere und aller Unternehmen. Nur wenn wir selbst Solidarität untereinander üben, können wir diese auch von anderen verlangen.

Unser Überbrückungskonzept setzt auf Kooperation, nicht auf Konfrontation. Wir sind immer zu Gesprächen bereit. Doch diese Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat auch andere Mittel. Wenn es notwendig ist, können wir uns auch laut Gehör verschaffen. Nicht nur in den Revieren. Das haben wir schon bewiesen. Wir können das auch woanders. Und wenn es notwendig ist, werden wir auch das beweisen.

Wir brauchen Freunde und Unterstützung in allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen Parteien. Wir kämpfen für eine Lösung, die den Steinkohlenbergbau leistungsfähig und lebensfähig hält. Wir kämpfen für die Sicherheit der Energieversorgung, wir kämpfen für die Sicherheit der Arbeitsplätze, wir kämpfen gemeinsam für unser Ziel.

Franz Steinkühler:

„Ist das Revier noch zu retten?“*

Wir müssen [...] erkennen, daß es sich bei Stahl nicht um einen veralteten, generell im Niedergang befindlichen Industriezweig handelt, sondern um eine hochmoderne Branche von langfristig gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, die allerdings mit erheblichen Strukturproblemen konfrontiert ist. Hier muß Strukturanpassung [...] einhergehen mit Umstrukturierung in zukunftsträchtige Bereiche, das heißt Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Umstrukturierung muß Beschäftigungssicherung bis zur Schaffung neuer Produktion und Beschäftigung einschließen.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Reviers scheint mit die Tatsache, daß hier von der Produktion, von der Technologie her einerseits ausbaufähige Potentiale für neue Beschäftigung und Produktionsfelder vorhanden sind. Andererseits steht diesen Potentialen ein erheblicher gesellschaftlicher Bedarf gegenüber - gerade in einer traditionellen Industrieregion wie dem Ruhrgebiet. Ich nenne hier nur die Stichworte Altlastensanierung, Abwasserbereich und Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung, Infrastruktur und Stadterneuerung.

Vorhandene Potentiale und gesellschaftlicher Bedarf müssen gezielt zusammengeführt werden und für eine Beschäftigungsperspektive genutzt werden. Hier besteht *eine große Chance* für eine traditionelle Industrieregion das Modell einer sozialen, zukunftsorientierten Umstrukturierung zu demonstrieren. Hierauf sind alle Anstrengungen zu konzentrieren. Daraus ergeben sich Handlungsanforderungen an Staat und Unternehmen.

Statt unsozialer Steuerreformen muß die Bundesregierung ein nationales Zukunftsinvestitionsprogramm von 20 Milliarden jährlich auflegen. Für besonders betroffene Regionen wie die Montanregion sind dabei Sonderprogramme erforderlich.

Bund und Land müssen mit den Kommunen gemeinsam handeln. Das, was die Bundesregierung bisher für die Montanregionen angeboten hat, ist nicht viel mehr als ein Alibibeitrag. Der Vorschlag von Ministerpräsident Rau über ein 2 Milliarden-DM-Zukunftsprogramm für Montanregionen gemeinsam von Bund und Land ist dagegen ein richtiger Ansatz. Die Zukunftsinitiative Montanregionen des Landes ist ein erster Schritt hierbei. Sie muß gezielt genutzt werden.

Alle staatlichen Initiativen auf der Bundes-, Länder- und kommunalen Ebene bleiben allerdings bruchstückhaft, wenn sie nicht von einer gleichzeitigen *Neuorientierung der Unternehmenspolitik* begleitet werden. Die zentrale Aufgabe der Unternehmen in schrumpfenden Branchen ist die Diversifizierung und Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen vor Ort. Dies ist leicht gesagt und schwer getan. Gleichwohl ist diese Forderung aus gewerkschaftlicher Sicht ein Qualitätsmaßstab für Leistungsfähigkeit, Kreativität und sozialer Verantwortung des unternehmerischen Handelns.

* Auszug aus einem Statement des IG Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler anlässlich des Wirtschaftsforums der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ), gehalten am 10. September 1987 in Essen.

Zu einem positiven Unternehmerbild gehören nicht rücksichtsloser Kapazitätsabbau und Standortvernichtung. Zum positiven Unternehmerbild gehören Initiative, Energie und Kreativität, um neben der Sanierung alter Produktion neue Produktlinien aufzubauen.

Die Grenzen bisheriger Sozialplanpolitik sind offenkundig geworden. Soziale Abfederung für die einzelnen Betroffenen muß ergänzt werden durch den Neuaufbau von Ersatzarbeitsplätzen an den betroffenen Standorten. Dies ist einer der Kernpunkte der Vereinbarung von Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und IG Metall vom 10. Juni 1987. Ich zitiere: „Für die im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen wegfallenden Arbeitsplätze in der Stahlindustrie ist es nach gemeinsamer Auffassung notwendig, primär Ersatzarbeitsplätze, insbesondere in den betroffenen Regionen zu schaffen.“

Wir erwarten, daß diese Zusicherung, daß ähnliche Aussagen von Vorstandsmitgliedern von Konzernen, wie Herrn Spethmann, nicht nur zur Beruhigung gedacht sind, sondern daß dahinter ernste Absichten und harte Arbeit stehen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich ihre Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung an den Sozialplankosten zu erklären. Spätestens nach dem 23. September muß hier Farbe bekannt werden.

Die Unternehmer sind aufgefordert, endlich ihre Bereitschaft zur Gründung der Beschäftigungsgesellschaften und zum Aufbau von Ersatzarbeitsplätzen unter Beweis zu stellen.

- Notwendig ist die Bereitschaft, die beiden Ziele „Stabile Beschäftigung“ und „regionale Verantwortung“ in der Unternehmensplanung zu verankern.
- Notwendig ist die prinzipielle Bereitschaft und das praktische Engagement, Forschung, Entwicklung und Produktionsplanung auf den Feldern eines qualitativen Wachstums zu verstärken.

Ziel muß ein „interner Strukturwandel“, der Neuaufbau von Ersatzarbeitsplätzen im Betrieb oder am Ort sein.

Auch die IG Metall weiß: Ersatzarbeitsplätze kann man nicht aus dem Hut zaubern. Ersatzarbeitsplätze muß man langfristig planen und vorbereiten. Hier gibt es Versäumnisse der Unternehmenspolitik in der Vergangenheit. Hierüber könnte man lange klagen und debattieren. Politiker müssen jetzt zeigen, daß sie mehr können als die Marktwirtschaft beschwören und die Arbeitslosigkeit verwalten. Unternehmer müssen beweisen, daß sie nicht nur zu Kahlschlag und Abbruch, sondern auch zu Aufbau und Zukunftsplanung in der Lage sind.